

Merkblatt Kindesunterhalt

1. Der Kindesunterhalt

Die Eltern sorgen gemeinsam und ein jeder Elternteil nach seinen Kräften in Form von Pflege, Erziehung und Geldzahlung für den Unterhalt des Kindes.

1.1 Gesetzesrevision

Per 1. Januar 2017 ist das neue Unterhaltsrecht in Kraft getreten. Ziel des neuen Rechts ist es, den Unterhaltsanspruch des Kindes zu stärken. Neu hat das Kind insbesondere Anspruch auf einen sogenannten Betreuungsunterhalt. Der Betreuungsunterhalt beinhaltet die Kosten, die durch die Eigenbetreuung des Kindes entstehen.

1.2 Inhalt der Unterhaltspflicht

Der gebührende Unterhalt des Kindes umfasst insbesondere die Kosten für den unmittelbaren Lebensunterhalt wie Kleidung und Ernährung, sowie die Kosten von Betreuung, Erziehung, Ausbildung und Kindesschutzmassnahmen.

Der Unterhalt soll den Bedürfnissen des Kindes sowie der Lebensstellung und Leistungsfähigkeit der Eltern entsprechen, wobei auch das Vermögen und die Einkünfte des Kindes berücksichtigt werden. Die Unterhaltspflicht der Eltern dauert bis zur Volljährigkeit des Kindes oder bis zum ordentlichen Abschluss einer angemessenen Ausbildung.

1.3 Der Unterhaltsvertrag

Hat der Vater das Kind anerkannt, können die Eltern den Unterhalt jederzeit behördlich oder gerichtlich regeln lassen. Der behördlich oder gerichtlich geregelte Unterhalt stellt einen Rechtstitel dar und sichert den Unterhalt des Kindes auch nach einer allfälligen Trennung der Eltern.

Der zwingende Inhalt des Unterhaltsvertrages ergibt sich aus Art. 287a des Zivilgesetzbuches¹. Ein ausserhalb eines Gerichtsverfahrens abgeschlossener und von beiden Elternteilen unterzeichneter Unterhaltsvertrag wird durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde genehmigt, soweit er dem Kindeswohl entspricht.

2. Zuständigkeit

2.1 Verheiratete Eltern

Grundsätzlich regelt das Gericht am Wohnsitz einer Partei anlässlich des Eheschutzverfahrens resp. Scheidungsverfahren den Unterhalt für das Kind. Wollen getrennt lebende Eltern den Kindesunterhalt ausserhalb eines Gerichtsverfahrens einvernehmlich regeln, ist die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde am Wohnsitz des Kindes zuständig.

¹ <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19070042/201604010000/210.pdf>

2.2 Geschiedene Eltern

Sind sich die Eltern einig, ist die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde am Wohnsitz des Kindes für die Neuregelung des Kindesunterhaltes zuständig. In den übrigen Fällen entscheidet das für die Abänderung des Scheidungsurteils zuständige Gericht.

2.3 Unverheiratete Eltern

Bei Einigkeit der Eltern ist die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde am Wohnsitz des Kindes für die Regelung des Unterhaltes zuständig. Bei Uneinigkeit entscheidet das Gericht am Wohnsitz einer Partei.

2.4 Schlichtungsverfahren

Soll der Kindesunterhalt ausserhalb eines Eheschutz- oder Scheidungsverfahrens gerichtlich geregelt werden, haben die Eltern vorgängig beim Gericht am Wohnsitz einer Partei ein Schlichtungsgesuch einzureichen. Das Schlichtungsverfahren entfällt, wenn vor der Klage ein Elternteil an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gelangt ist und eine einvernehmliche Regelung nicht möglich war.

2.5 Volljährigenunterhalt

Bei Einigkeit können das volljährige Kind und der zahlungspflichtige Elternteil den Unterhalt selbstständig regeln. Der entsprechende Vertrag bedarf keiner behördlichen Genehmigung. Bei Uneinigkeit ist das Gericht am Wohnsitz einer Partei für die Regelung des Unterhaltes zuständig. Für Beratungen zum Thema Volljährigenunterhalt steht Ihnen die Frauenzentrale Luzern zur Verfügung.

3. Berechnung des Kindesunterhaltsbeitrages

Die Eltern haben gemeinsam und ein jeder Elternteil nach seinen Kräften in Form von Pflege und Erziehung und/oder Geldzahlungen für den Unterhalt des Kindes zu sorgen. Bei der Geldzahlung wird zwischen Barunterhalt und Betreuungsunterhalt unterschieden. Der Barunterhalt umfasst die direkten Kinderkosten, wie die Kosten für Nahrung und Kleidung sowie Wohn- und Fremdbetreuungskosten. Der Betreuungsunterhalt deckt hingegen die Kosten ab, die durch die Eigenbetreuung des Kindes entstehen (z.B. ungedeckte Lebenshaltungskosten des hauptbetreuenden Elternteils). Die Berechnung des Betreuungsunterhalts erfolgt gestützt auf die von den Eltern gelebte Betreuungssituation, die Lebenshaltungskosten des hauptbetreuenden Elternteils und dessen Erwerbssituation.

Der in Geld zu bezahlende Unterhaltsbeitrag wird gestützt auf die jeweilige Lebens-, Erwerbs- und Betreuungssituation der Eltern und des Kindes berechnet. Eine Berechnung nach Pauschalen oder Prozentsätzen ist nicht mehr möglich. Da bei der Berechnung der Kindesunterhaltsbeiträge die konkreten Umstände massgebend sind, können die Unterhaltsbeiträge unterschiedlich hoch ausfallen. In das Existenzminimum des Unterhaltspflichtigen wird nicht eingegriffen.

Damit eine konkrete Unterhaltsberechnung möglich ist, benötigt die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde detaillierte Angaben zu den finanziellen und persönlichen Verhältnissen der Eltern und des Kindes. Die Kindseltern haben dazu unter anderem folgende Unterlagen einzureichen:

- Lohnausweise, Lohnabrechnungen und/oder Rentenbescheinigungen, Monatsabrechnung der Arbeitslosenkasse, Bescheinigung über gewährte wirtschaftliche Sozialhilfe (Selbstständigerwerbende reichen die letzten drei Jahresabschlüsse ein)
- Mietvertrag oder Belege über Hypothekarzinsen (bei Wohneigentum)
- Krankenkassenpolice und Prämienabrechnung inkl. Verfügung betr. Prämienverbilligung
- Allfällige Rechtstitel über die Unterhaltsverpflichtung für weitere Kinder
- Aktuelle Steuerveranlagung und Steuererklärung
- Beschreibung der aktuellen Betreuungssituation und Erwerbstätigkeit sowie Vorstellungen, wie diese künftig aussehen werden

4. Abänderung von Unterhaltsregelungen

4.1 Abänderung bei erheblicher Veränderung der Verhältnisse

Bei erheblicher Veränderung der Verhältnisse kann der Unterhaltsbeitrag auf Antrag eines Elternteils oder des Kindes neu festgelegt oder aufgehoben werden. Veränderte Verhältnisse liegen unter anderem vor, wenn sich die Bedürfnisse des Kindes oder die finanziellen Verhältnisse der Eltern verändern oder die Betreuung des Kindes neu geregelt wird. Die Veränderung muss erheblich und von einer gewissen Dauer sein, damit die Unterhaltsregelung abgeändert werden kann.

4.2 Abänderung von Unterhaltsregelungen, die vor dem 1. Januar 2017 abgeschlossen wurden

4.2.1 Verheiratete/geschiedene Eltern

Kindesunterhaltsbeiträge, die bis am 31. Dezember 2016 in einem genehmigten Unterhaltsvertrag oder einem Gerichtsentscheid festgelegt worden sind, werden auf Gesuch des Kindes oder eines Elternteils neu festgesetzt. Wurden gleichzeitig mit dem Kindesunterhalt auch die Unterhaltsbeiträge an den Elternteil festgelegt (im Rahmen eines Eheschutz- oder Scheidungsurteils), ist eine Anpassung der Kindesunterhaltsbeiträge nur möglich, wenn sich die Verhältnisse erheblich verändert haben. Sofern einzig der Kindesunterhalt geregelt worden ist, müssen keine veränderten Verhältnisse vorliegen.

4.2.2 Unverheiratete Eltern

Unterhaltsbeiträge an das Kind, die bis am 31. Dezember 2016 in einem genehmigten Unterhaltsvertrag oder einem Gerichtsentscheid festgelegt worden sind, werden auf Gesuch des Kindes oder eines Elternteils neu festgesetzt. Veränderte Verhältnisse sind nicht vorausgesetzt.

4.3 Vorübergehende ausserordentliche Bedürfnisse des Kindes

Tritt beim Kind ein ausserordentliches Bedürfnis auf, welches bei der Festlegung des Unterhaltsbeitrages noch nicht mit einberechnet worden ist (z. B. Zahnkorrektur oder eine Therapie), haben die Eltern zusätzlich zu den geschuldeten Unterhaltsbeiträgen für die entsprechenden Kosten aufzukommen. Die Kosten sind in der Regel anteilmässig am Einkommen zu tragen.

4.4 Ausserordentliche Vermögensanfälle

Wurde in einem genehmigten Unterhaltsvertrag oder in einem Entscheid festgelegt, dass kein Unterhaltsbeitrag festgelegt werden konnte, der den gebührenden Unterhalt des Kindes deckt, und haben sich seither die Verhältnisse des unterhaltspflichtigen Elternteils ausserordentlich verbessert (z. B. grosser Erbschaftsanfall), so hat das Kind Anspruch darauf, dass dieser Elternteil die Beträge bezahlt, die während der letzten fünf Jahre zur Deckung des gebührenden Unterhalts gefehlt haben.

5. Kosten der Unterhaltsregelung

Für die Genehmigung eines Unterhaltsvertrags erhebt die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Entlebuch Kosten im Betrag von Fr. 400.-. Diese Kosten gehen in der Regel je zur Hälfte zu Lasten der Eltern.

6. Weitergehende Beratung und Bezug von Musterdokumenten

Für Fragen im Zusammenhang mit der Regelung des Kindesunterhalts steht Ihnen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Entlebuch, Bahnhofstrasse 42, 6162 Entlebuch, Tel. 041 482 80 10, gerne zur Verfügung.